



KANTONSratsPROTOKOLL

Sitzung vom 22. Juni 2020
Kantonsratspräsident Josef Wyss

A 121 Anfrage Zurbruggen Roger und Mit. über die Verantwortung des Kantons für die Sanierungen der Seen / Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdepartement

Roger Zurbruggen ist mit der Antwort des Regierungsrates nicht zufrieden und verlangt Diskussion.

Roger Zurbruggen: Der Kanton sollte meines Erachtens mehr operative Verantwortung übernehmen. Dies sieht die Regierung nicht so, weil die Problematik überregionalen Charakter habe und örtliche Behördenverbände nur lokale Symptombekämpfung machen könnten. Mit meiner früheren Anfrage A 28 vom April 2019 habe ich eine weitere Sanierungsmassnahme thematisiert, nämlich die Tiefenwasserableitung mit einem KEY-Rohr. Die Seebelüftung wird jedoch von der Regierung als effizienteste Massnahme verstanden. Es gibt aber ein Gutachten der Eawag aus dem Jahr 1979, und dort steht auf Seite 51: «Die Tiefenwasserableitung könnte daher mit einer Operation verglichen werden, welche die eigentliche Ursache einer Krankheit bekämpft. Die Belüftung hingegen wäre mit einer Symptombehandlung zu vergleichen.» Ich meine, der Kanton sollte die Vielzahl an technischen Sanierungsmöglichkeiten, an Präventionsmassnahmen und deren Kombinationen nach mehr als 30 Jahren neu berechnen lassen, um zu sehen, wie deren Kostenstrukturen im Vergleich mit den heutigen Sanierungskosten dastehen. Den Zeitpunkt erachte ich als ideal, weil die Belüftungsanlagen in die Jahre gekommen sind und sowieso Neuinvestitionen anstehen. Es kommt hinzu, dass die Sanierungskosten langfristig steigen werden, weil die Istwerte stagnieren, obwohl die Zielwerte noch nicht erreicht sind. Dazu kommt die Erwärmung der Seen durch die Klimaerwärmung. Die Frage, ob der Kanton die Seesaniierungskosten mittragen soll, entspricht der Grundsatzfrage, ob die Folgen von Gewässerverschmutzungen nur mittels Abgaben nach dem Verursacherprinzip finanziert werden sollen oder ob die Allgemeinheit mittels Steuergelder mitfinanzieren soll. Es wäre allemal wichtig zu wissen, welche Sanierungskonzepte nach heutigem Stand der Technik wie viel kosten würden. Erst dann würde man sich fragen, welche Sanierung uns wie viel Wert ist und ob man den Finanzierungsschlüssel neu definieren müsste. Vermutlich ist dazu ein Postulat nötig. Die heutige Diskussion wird mir über das weitere Vorgehen Klarheit verschaffen. Eines ist klar: Gesunde Seen sind die Grundlage für alle und alles – für die Bewohner, das Gewerbe, die Umwelt und den Tourismus.

Andy Schneider: Die Beantwortung der Anfrage ist aus unserer Sicht zu vage und nicht zielführend. Die Verantwortung wird an die Gemeinden und die Verbände delegiert. Die Gesamtkoordination, auch über die Kantonsgrenzen hinweg, ist aus unserer Sicht klar Aufgabe des Kantons. Die bisherigen Massnahmen haben nach wie vor nicht zu einer nachhaltigen Gesundung der Seen geführt. Im Hinblick auf den Klimawandel und die damit einhergehende Erwärmung und Durchmischung des Seewassers wird sich die Situation in Zukunft noch verschärfen. Wir erwarten, dass sich der Regierungsrat nicht aus der

Verantwortung stiehlt, sondern konzeptionell und nachhaltig die Situation verbessert und den Lead übernimmt. Angesichts der Herausforderungen der Klimaerwärmung sind zwingend zusätzliche Mittel zur Verfügung zu stellen. In der Frage 5 wird die Klärung der Finanzierung angesprochen. Wir erwarten vom Kanton die notwendigen Schritte in die richtige Richtung. Das Phosphorprojekt III erachtet die SP als sehr sinnvoll, sie kann jedoch die zeitliche Verzögerung um ein Jahr absolut nicht nachvollziehen. Wir wären froh um eine Erklärung des Regierungsrates, warum die Vereinbarung mit dem Bund nicht fristgerecht vollzogen werden konnte.

Ruedi Amrein: In der Anfrage werden Fragen zum Engagement des Kantons gestellt. Der Kanton nimmt seine Verantwortung durch Kontrollen, eine Regelung der Aufgaben, operative Massnahmen und die Lösungssuche für die Seesanieung war. Bei der Finanzierung hat er sich kürzlich zurückgezogen, stellt aber in Aussicht, dies wieder zu ändern. Das unterstützt die FDP. Die Landschaft wird nicht kaputtgehen, wenn nichts gemacht wird. Wir haben dann einfach irgendwann keinen See mehr, und jüngste Umfragen haben gezeigt, dass die Luzerner Bevölkerung die heutige Landschaft schätzt. Darum sollten wir dazu Sorge tragen. In der Antwort wird der Ansatz in der Reduktion des Eintrags der Landwirtschaft gesucht. Die Landwirtschaft ist jedoch nicht alleinige Verursacherin. Sie versucht schon seit längerer Zeit, über diese Reduktion ihren Teil beizutragen. Es braucht Zeit, bis die Böden ausgemagert sind und die Auswirkungen auf die Seen verschwinden. Darum unterstützt die FDP eine ganzheitliche Betrachtungsweise und eine transparente Kommunikation. Hier fehlt die Beteiligung der Gemeinden. Die Trennsysteme sind noch lange nicht umgesetzt. Bei Hochwasser wird immer noch Abwasser in den See geleitet, und dies führt zu Sedimenten, welche ein Problem darstellen. Da tragen auch die Gemeinden eine Verantwortung. Wir müssen die Trennsysteme einführen. Es leuchtet ein, dass es kein neues Seesanieungskonzept braucht, und wir sehen, dass man die Klimaerwärmung wegen des Temperaturanstiegs im Auge behalten muss.

Korintha Bärtsch: Der Sachverhalt ist klar: Die Luzerner Mittellandseen sind überdüngt, zahlreiche Fische sind gestorben, und das ganze System existiert nur noch, weil es an eine Beatmungsmaschine angeschlossen ist. Bis zu einer Besserung kann es Jahrzehnte dauern. Das Verhalten von Phosphor im Boden ist vergleichbar mit dem CO₂ in der Atmosphäre. Auch wenn man per sofort mit dem Eintrag aufhören würde, würde das CO₂ noch lange in der Atmosphäre bleiben, und das Phosphor bleibt genauso lange im Boden. Massnahmen sind deshalb seeextrem – bei der Verminderung des Phosphoreintrags und bei den ARA – und auch seeintern mit einer Belüftung anzusetzen. Man kann sagen, dass wir einfach Geduld haben müssen, oder man kann die Situation gesamtheitlich mit dem Einbezug zukünftiger Herausforderungen neu beurteilen und einen Schritt vorwärts machen. Genau hier hakt die Anfrage ein. Es wurden wichtige Fragen gestellt, auf die der Regierungsrat in seiner Antwort leider nicht wirklich eingegangen ist. Die Leistungsvereinbarung zwischen den Gemeindeverbänden und dem Kanton bezüglich der Finanzierung der Belüftung steht wieder an; gleichzeitig weiss man, dass die Klimaerwärmung sich auf den Sauerstoffgehalt der Seen auswirken wird. Auch ist das Phosphorprojekt ein heisses Eisen, was seine Verschiebung auch zeigt. Es ist nicht verständlich, dass der Regierungsrat diesen Ball nicht aufnimmt und eine Gesamtauslegeordnung macht. Für die G/JG-Fraktion ist es folgerichtig, dass der Kanton wieder mehr Verantwortung übernimmt, insbesondere bei der Finanzierung der Belüftungsmassnahmen.

Willi Knecht: Die Seesanieungen sind ein voller Erfolg, wenn man bedenkt, dass in frühen Zeiten der Phosphorgehalt in den Seen ein Vielfaches von heute betrug. Die Ziele zur Senkung der Phosphorbelastung in allen drei Seen wurden erreicht. Die Seen erholen sich. Durch frühere Altlasten von Abwasser, welches ungeklärt in den See geflossen ist – von Industrie, von Haushalten und nicht nur von der Landwirtschaft – sind grosse Phosphormengen in Sedimenten abgelagert worden und bauen sich nur langsam ab. Tatsache ist aber, dass heute immer noch Phosphor eingetragen wird. Dieses stammt aus Siedlungsgewässern, Regenentlastungen, Kläranlagen und aus Dünger von früherer landwirtschaftlicher Tierhaltung und nicht nur aus der heutigen Landwirtschaft. In der

Landwirtschaft werden heute verschiedene Massnahmen getroffen, um Abschwemmungen zu verhindern und die Phosphorvorräte in den Böden abzubauen. Die Massnahmen greifen, doch dafür braucht es auch Zeit. Das Ganze ist ein Generationenprojekt, welches Jahrzehnte dauern wird. Das grösste Problem besteht beim Baldeggersee. Das Fazit der SVP und der Landwirtschaft lautet: Wir stehen mit Vorbehalten hinter der Sanierung der Mittellandseen und möchten die Verwaltung und die Regierung auffordern, eine gemeinsame und faire Lösung für alle Beteiligten zu finden.

Urs Brücker: Nachdem sich der Zustand der Seen nach 40 Jahren Belüftung und Einbringung von Sauerstoff stabilisiert hat, droht jetzt wegen der Klimaerwärmung wieder eine Verschärfung der Situation, wie der Regierungsrat festhält. Die seeinternen Kosten für Belüftung und Sauerstoffeintrag werden von elf Gemeinden im Einzugsgebiet der Seen getragen, das sind 150 000 Franken im Jahr. Zu Recht sagen die Gemeinden, dass mit diesen Massnahmen keine weitere Verbesserung des Zustands der Seen erreicht werden kann, und verlangen griffigere, seeexterne Massnahmen. Zudem soll sich der Kanton wieder an den seeinternen Massnahmen beteiligen. Diese Gelder hat er im Zuge der Sparmassnahmen von 2012 ja bekanntlich gestrichen. Für die GLP ist klar, dass die Seebelüftung keine Ursachenbekämpfung ist. Diese kann nur seeextern passieren. Seit einigen Jahren laufen denn auch die sogenannten Phosphorprojekte. Bei diesen werden die Landwirte mit Beiträgen für Massnahmen zur Reduktion des Phosphoreintrags in die Böden entschädigt. Das Phosphorprojekt III soll jetzt per 1. Januar 2021 in Kraft treten. Der Regierungsrat kommt in seiner Antwort zum Schluss, dass man mit den heutigen Anstrengungen die Luzerner Seen, insbesondere den Baldeggersee, nicht wird sanieren können. Dabei sei aber die Finanzierung noch zu klären. Da werden sich die Geister von Gemeinden, Kanton und Landwirtschaft weiterhin massiv scheiden. Wie im Bericht der Agroscope von 2019 zur Phosphorbelastung des Baldeggersees durch die umliegenden Böden festgehalten wird, gibt es für eine nachhaltige Problemlösung wohl nur zwei wirklich griffige Massnahmen: eine Erhöhung der Hofdünger-Exporte oder ein Abbau der Tierbestände. Letzteres kann aufgrund der hohen wirtschaftlichen Bedeutung der Nutztierhaltung im Kanton Luzern nicht im Vordergrund stehen. Obschon dies zudem nicht eine wirkliche Ursachenbekämpfung ist, müssten in unseren Augen dringend weitere Lösungen im Bereich der technischen Aufbereitung von Hofdünger und dem Export der Nährstoffe gefunden werden.

Für den Regierungsrat spricht Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdirektor Fabian Peter.

Fabian Peter: Die Sanierung der Mittellandseen ist eine Verbundaufgabe von Kanton und Gemeinden. Die Aufgaben von Gemeindeverbänden und Kanton werden periodisch in erneuerten Leistungsvereinbarungen geregelt. Diese werden ab 2021 erneuert. Dabei wird auch die Finanzierung geprüft, und die Mittelzuteilung wird durch den Kantonsrat im Rahmen der Budgetbeschlüsse gesteuert. Detailliert werden wir die RUEK über die ganze Finanzierung der Seengesundung und der Massnahmen in der nächsten Sitzung im August orientieren. Dann werden wir relativ viel Fachwissen erklären und auf Fragen eingehen. Im BUWD arbeiten die Dienststellen Umwelt und Energie (Uwe) sowie Landwirtschaft und Wald (Lawa) sehr eng mit den Gemeinden, Landwirten und Interessengruppen zusammen. Es gibt aber verschiedene Verantwortlichkeiten. Die Landwirtschaft ist mitverantwortlich, aber natürlich auch die Gemeinden. Alle Wasser, die in den See münden und Phosphor enthalten, sind mitverantwortlich für den Phosphorgehalt der Seen. Ich habe die Uwe angewiesen zu prüfen, wie die Abwassersysteme rund um die Seen funktionieren und wie viele Hochwasserentlastungen es gibt und zu welchen Rückständen diese führen. Aber auch die Landwirtschaft wird ihren Teil dazu beitragen müssen. Es geht nur gemeinsam. Es wurde noch gefragt, weshalb das Phosphorprojekt III um ein Jahr verschoben wurde. Letzten Spätherbst erst haben wir die Projektbewilligung des Bundesamtes für Landwirtschaft erhalten. Ende November, Anfang Dezember wurden die betroffenen Landwirtinnen und Landwirte informiert, und somit war die Zeit für die Umsetzung schon einen Monat später ziemlich knapp. Es muss ja dann zum Teil Gülle weggeführt werden, und es wäre kaum mehr Zeit geblieben, Gülleverträge neu auszuhandeln und die Wegführung zu organisieren.

Ich habe die Landwirte auch empfangen, und wir haben miteinander vereinbart, dass man dies nochmals überprüft. Die Landwirte konnten Anträge formulieren, welche in der Projektgruppe – zusammengesetzt aus Vertretern des Bundesamtes für Landwirtschaft, unseres Kantons, der Gemeinden, der Landwirtschaft, des Bauernverbandes, der Qualinova und der Pro Natura – beurteilt wurden. Die Regierung hat nun über das Phosphorprojekt entschieden, und wir werden diesen Donnerstag an einer Medienkonferenz zu den Themen Phosphor und Ammoniak eine umfassende Auslegeordnung und Entscheide präsentieren. Zudem möchte ich auch erwähnen, dass wir in der Landwirtschaft in Zukunft vor grossen Herausforderungen stehen werden nicht nur im Bereich der Seensanierung, sondern auch wenn wir das Ziel «Netto null 2050» erreichen wollen. Wir sind ein bedeutender Agrarkanton, das ist wichtig. Wir produzieren Nahrungsmittel, aber das heisst auch, dass wir wegen der hohen Nutztierdichte erhebliche Emissionen im Bereich Ammoniak, aber auch Stoffflüsse verursachen. Bei den Seen spielt vor allem das Phosphor eine Rolle. Darum starten wir das Phosphorprojekt III Anfang 2021. Wir wollen diese Themen gemeinsam angehen, und wir hatten bezüglich der Seesanieung bereits Kontakt mit dem Gemeindeverband. Alle Parteien müssen ihren Beitrag leisten, und leider spielt uns der Klimawandel nicht in die Hände, sondern vergrössert das Problem durch die Erwärmung der Seen. Ich freue mich, dass wir beim Bundesrat Gehör gefunden haben und mit der Neuorientierung der Agroscope neu ab diesem Herbst bereits einen Agroscope-Standort – eine praxisnahe Aussenforschungsstelle – erhalten. Das heisst, wir haben ein Forscherteam direkt in Sursee in den Büros der Lawa. Dort wollen wir Lösungen finden für die Seen, aber auch für die Landwirtschaft, um mit Innovation und guter Technik diese Herausforderungen zu meistern. Die Problematik der Stoffflüsse wird uns sehr herausfordern, doch wir arbeiten an Lösungen.